

Danziger Zeitung.

Nr. 14593.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Anzeigenanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. April. Nach der "Nord. Allg. Zeit." ist der Reichskanzler durch Erklärung seit einigen Tagen an das Zimmer gesesselt, daher hat er auch nicht im Reichstag erscheinen können. Auch Staatssekretär Graf Ostfeld und Unterstaatssekretär Busch im auswärtigen Amt sind erkannt. Letzterer hat Urlaub nachzuhören müssen. Sie fahren aber, obgleich an das Zimmer gesesselt, noch in der Erledigung ihrer Geschäfte fort. Eine ungewöhnliche Geschäftslast ruht auf dem Director des Auswärtigen, v. Bojanowski, der aber auch krank ist.

Ein amtlicher Bericht im "Reichsanzeiger" bestätigt, daß der Bundesrat gestern beschlossen, die vollen Vergütungsfüße für Tabak und Tabakfabrikate bei der Ausfuhr vom 1. Mai ab einzutreten zu lassen. Es ist wahrscheinlich, daß der bezügliche Antrag der freisinnigen Partei diese Beschlussschaffung beschleunigt hat.

Der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Miguel, schrieb an einen seiner besten politischen Freunde, alle Nachrichten über Verhandlungen zwischen ihm und dem Reichskanzler seien vollständig aus der Lust gegriffen.

Auch Frhr. v. Stauffenberg hat die Einladung zu dem am 6. Mai in Magdeburg stattfindenden sächsischen Parteitag angenommen.

Der Bundesrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag über Denaturierung des Branntweins zur Fabrikation von Anilinfarben.

Hag, 25. April. Die erste Kammer genehmigte den Gesetzentwurf, welcher die Regierung zur eventuellen Demonetisierung von 25 Millionen Silber ermächtigt, mit 25 gegen 10 Stimmen.

(Fortsetzung der Telegramme auf der dritten Seite.)

Der § 100e der Gewerbeordnung als Handhabe des Büßfesterthums.

II.

Vieleicht ist man in gewissen Kreisen, namentlich in den Regierungskreisen, geneigt, die prinzipiellen Bedenken, welche wir gegen den § 100e der Gewerbeordnung und die in ihm vorgesehene Verleihung behördlicher Machtvollkommenheiten über den Kreis der Vereinigen hinaus an freie Innungen geäußert haben, mit dem billigen Einwande zurückzuweichen, daß in der Praxis die Sache sich ja doch ganz anders gestalte, daß namentlich die Bestimmung des § 100e, die Privilegierung einer Innung erst dann erfolgen darf, wenn die Tätigkeit derselben auf dem Gebiete des Lehrlingswesens sich bereits bewährt habe, vor allen Gefahren schütze. Ja, wenn Herr Stumm mit seiner Propagierung Recht behalten hätte, dann würde uns die Praxis über alle prinzipiellen Fehler zu trösten vermögen. Nachdem nun aber einmal die Praktiker Regierung mit der Anwendung des § 100e begonnen hat, so ist damit dem Verlauf der Innungen um die Erlangung der verfehlten Privilegien Thür und Thor geöffnet und die übrigen Regierungen werden gar nicht anders können, als die Privilegien zu verleihen, wo es nur irgend mit Anstand geschehen kann. Die Entscheidung, ob diese oder jene Innung sich bereits "auf dem Gebiete der Lehrlingserziehung" hinreichend "bewährt" habe, ist in der Praxis doch wahrscheinlich eine schwierige, daß man, um nicht ungerecht zu sein, sehr liberal mit der Verleihung des Privilegs verfahren müssen wird, nachdem man einmal mit ihr angefangen hat.

Nach welchen Merkmalen soll denn aber diese

Entscheidung getroffen werden? Etwa auf die Innungserziehung eleganter Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten hin? Oder auf Grund der abgehaltenen Gesellenprüfungen? Oder nach Zahl und Umfang der von den Innungen zur Förderung der Lehrlingserziehung getroffenen Einrichtungen und aufgestellten Statutenparagraphen? Oder vielleicht unter Berücksichtigung der zeitweilig die Herrschaft im Vorstande führenden Persönlichkeiten? Und selbst wenn die einzelnen Behörde für ihren Bezirk im Stande wäre, "gerecht" nach solchen Merkmalen die Privilegien zu verleihen, wie sollen die aus der naturgemäß verschiedenen Auffassung der verschiedenen Behörden erwachsenden Abweichungen in der Praxis der verschiedenen Bezirke ausgeglichen werden?

Und auch damit können wir uns nicht trösten, daß die Behörden erst dann die Privilegien verleihen werden, wenn so gut wie alle Meister des betreffenden Gewerbes der Innung beigegeben sind. Einmal würde diese Praxis dem Wortlaut des § 100e widerstehen, welcher die Privilegierung lediglich an die Bedingung knüpft, daß sich die Innung "auf dem Gebiete der Lehrlingserziehung bewährt" habe. Diese Bedingung kann, namentlich in größeren Städten, eine Innung sehr wohl erfüllen, welche nur den kleineren Theil der selbstständigen Gewerbetreibenden zu Mitgliedern hat. Ferner hat es doch aber auch gar keinen Sinn, den Innungen die Privilegien erst dann zu verleihen, wenn außerhalb der Innungen gar keine Meister mehr vorhanden sind. Wir meinen, daß, wenn man überhaupt anfängt, den Innungen die im § 100e verfehlten Privilegien und Herrschaftsrechte zu verleihen, es natürlich nicht vermieden werden kann, daß eine Menge selbstständiger Gewerbetreibender gegen ihren freien Willen jenen Herrschaftsrechten der Innungen unterworfen wird. Wenn wir nun ferner auch ganz absiehen von der sattsam bekannten Thatsache, daß die Innungsfrage in sehr vielen Gemeinden zur ausgeschöpften Parteifrage geworden ist, und zwar sehr häufig im engsten Zusammenhang mit der politischen Parteistellung der Bevölkerung; wenn wir auch absiehen von der ebenso wenig fortzuleugnenden Thatsache, daß in sehr vielen der bestehenden und nach den Vorrechten des § 100e sich bewerbenden Innungen eine entschieden für den Innungswang und gegen die Gewerbefreiheit überhaupt gesetzte Majorität sich findet, — Thatsachen, welche die Herrschaft der Innungen über die draußen Stehenden doppelt scharf und bitter empfinden lassen werden, — wenn wir hier von ganz absehen: so kennen wir doch die Anschauungs- und Gefühlsweise der deutschen Handwerker gut genug, um den Widerwillen vorauszusehen, mit welchem derjenige Meister, den irgend welche, vielleicht recht persönliche Gründe abhalten, der Innung beizutreten, sich und seine Lehrlingserziehung der polizeilichen Controle, der richterlichen Beurtheilung, ja der legislativen Gewalt, — denn das alles verlangt in der That der § 100e, — seiner in der Innung sitzenden Herren "Concurrenten" unterwerfen wird. Und will man ihn deshalb etwa gar so schwer verdammen? Die gewerbspolizeiliche Aufsicht durch die Handwerksgenossen ist theoretisch etwas sehr Schönes, aber ganz bestimmt ist sie praktisch, vollends in unseren mittleren und kleinen Städten, wenn dann ohne böses Vergernis durchzuführen, wenn sie innerhalb eines einzigen Kreises, in welchem lebendiger Geist und freiwilliger Zusammensatz herrscht, verbleibt. Als "Behörde" wird der Nichtinnungsmeister den Vorstand eines "freien" Vereins, dem er selbst nicht angehört, sehr schwer anerkennen lernen und nichts als eritterte Kämpfe, Klagen und Beschwerden wird diese in Bezug zuerst etablierte Innungsherrschaft des § 100e in der Mehrzahl der Gemeinden im Gefolge haben.

Das gilt Alles von § 100e ohne den Absatz „3“, ohne den Antrag Ackermann. Wird dem letzteren entsprechend der Regierung das

eine Europäerin hat das Wort Sklave einen wahrhaft entseelischen Klang. Und ich war jetzt eine flüchtige Sklavin, ich war den Rohheiten jedes Landstreiters ausgesetzt, der sich die auf unsere Errettung gejagte Summe verbieten wollte. Olivia, die sich schon einmal in einer ebenjedolchen Lage befunden hatte, nahm die Sache natürlich leichter als ich.

Das Haus, welches uns am dritten Tage aufnahm, gehörte einem Baptistenprediger, der, aus dem Norden gebürtig, sich seit vielen Jahren hier anfängig gemacht hatte, um sich ganz dem Werke der Aufnahme und Förderung flüchtiger Slaven zu widmen. In seinem Eifer für diese edle Aufgabe nahm er sogar die Sünde auf sein Gewissen, sich als eifriger Anhänger der Sache des Südens und der Sklaverei auszugeben. Wir wagten es erst uns dem Hause zu nähern, als die Nacht bereits angebrochen war. Es war ein einfaches Holzgebäude gleich allen übrigen hier zu Lande, umgeben von einer niedrigen Ginzäumung, aber im Innern mit allem Komfort eines kleinen Landstädtegens versieben. Daddy öffnete eine schwame Haustür, und wir traten ein. Er führte uns nach einer Hinterthür des Häuschens, wo er viermal pochte. Auf dieses Zeichen wurde geöffnet und eine ältere Dame lud uns freundlich ein, näher zu treten.

Wir befanden uns in einem Raum, der zugleich als Küche und Speisezimmer zu dienen schien. Daddy war in der Thür stehen geblieben. Er nahm seinen Hut ab und sagte feierlich: "Gott schütze die armen Flüchtlinge." Dann schloß er die Thür und verschwand, um nach seiner einsamen Hütte im großen Green-Moore zurückzukehren und sein Liebeswerk fortzuführen.

"Herr des Himmels!" rief die Dame bei unserm Anblick, "zwei weiße Mädeln! Wer sei den Thür?"

Obgleich fürchterlich ermudet und an den Füßen wund, wurde ich gewahr, daß diese Frage von einer ehrwürdigen alten Dame mit gültigen, mitterlichen Augen, die große ehemalige Schönheit verriet, an uns gerichtet wurde. Sie war sichtlich überrascht und erschrocken, zwei junge Damen als

Recht verlieben, auch noch zu bestimmen, daß nur Innungsmeister Lehrlinge annehmen dürfen, so wird die Sache sehr vereinfacht, freilich nicht verbessert. Dann findet keine Gerichtsbarkeit und keine Herrschaft der Innung über die Lehrlinge draußen stehender Meister mehr statt, dann bleibt es eben nur noch Lehrlinge innerhalb der Innungen. Es ist klar, daß dieser Absatz „3“, d. h. der Antrag Ackermann trotz seiner formellen Vorlage, trotz seiner gründlichen Consequenz für Federmann, der halbwegs noch auf dem Boden der Gewerbefreiheit steht, unannehmbar ist. Es ist nur erklärbar als Abschlagszahlung für den Innungswang, wie ihn die Herren Ackermann und Windthorst ja auch als Endziel ihrer Bestrebungen zugegeben haben. Eine Regierung, welche erklärt, den Innungswang nicht zu wollen, hat die Pflicht sowohl dem vorgebrachten Vignitzer Ereignis gegenüber, wie angesichts des Antrags Ackermann, endlich offen und unweidetig die Innungen als "freie" Vereine hinzustellen, denen Privilegien und Herrschaftsrechte über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus unter keinen Umständen zugestanden werden dürfen. Wollen die Herren im Reichsamt des Innern ihren Fehler von 1881 wieder gut machen, wollen sie das Klein-Gewerbe und in ihm das Innungselben endlich zu der so dringend nötigen Ruhe gelangen lassen, dann haben sie auf den Antrag Ackermann mit dem Antrage auf Streichung des ganzen § 100e zu antworten.

Recht verlieben, auch noch zu bestimmen, daß nur Innungsmeister Lehrlinge annehmen dürfen, so wird die Sache sehr vereinfacht, freilich nicht verbessert. Dann findet keine Gerichtsbarkeit und keine Herrschaft der Innung über die Lehrlinge draußen stehender Meister mehr statt, dann bleibt es eben nur noch Lehrlinge innerhalb der Innungen. Es ist klar, daß dieser Absatz „3“, d. h. der Antrag Ackermann trotz seiner formellen Vorlage, trotz seiner gründlichen Consequenz für Federmann, der halbwegs noch auf dem Boden der Gewerbefreiheit steht, unannehmbar ist. Es ist nur erklärbar als Abschlagszahlung für den Innungswang, wie ihn die Herren Ackermann und Windthorst ja auch als Endziel ihrer Bestrebungen zugegeben haben. Eine Regierung, welche erklärt, den Innungswang nicht zu wollen, hat die Pflicht sowohl dem vorgebrachten Vignitzer Ereignis gegenüber, wie angesichts des Antrags Ackermann, endlich offen und unweidetig die Innungen als "freie" Vereine hinzustellen, denen Privilegien und Herrschaftsrechte über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus unter keinen Umständen zugestanden werden dürfen. Wollen die Herren im Reichsamt des Innern ihren Fehler von 1881 wieder gut machen, wollen sie das Klein-Gewerbe und in ihm das Innungselben endlich zu der so dringend nötigen Ruhe gelangen lassen, dann haben sie auf den Antrag Ackermann mit dem Antrage auf Streichung des ganzen § 100e zu antworten.

Abg. Dr. Hönel nimmt im Allgemeinen Stellung zu den Windthorstschen Amendments, die zwar Wildungen enthielten, aber bei der in der Praxis gebildeten Auslegung des § 1 die bedächtigste freie Bewegung der Parteidiskussion nicht herbeiführen werden. Wichtig für die Beurtheilung der Wirkung des Socialistengesetzes sei die Frage nach der Scheidung innerhalb der Socialdemokratie zwischen der gemäßigten Richtung und den Anarchisten.

Abg. Eugen Richter wünscht die von Seiten der Regierung in Aussicht gestellte Auskunft über die anarchistischen Umtriebe. Er wünscht deshalb die zweite Windthorstsche Resolution zuerst zur Diskussion gestellt zu sehen. Sehr bedeckt sei ihm im Augenblick Windthorst die Unterscheidung zwischen Berlin und dem übrigen Lande in Anwendung des kleinen Belagerungszustandes. Er schildert die bedeutlichen Errcheinungen, die gerade unter dem Belagerungszustand in Berlin hervorgetreten seien. Minister v. Puttkamer erklärt, daß die preußische Staatsregierung seit längerer Zeit sich mit einem Gesetzentwurf über Repressionsmaßregeln gegen die Anarchisten beschäftige, daß derselbe aber große technische Schwierigkeiten biete. Das Parlament werde sich nach Einbringung der Vorlage an den Bundesrat seiner Zeit mit derselben zu beschäftigen haben. Die zweite Windthorstsche Resolution sei ganz unabhängig von der Frage der Annahme oder Ablehnung des Socialistengesetzes; die strengen Repressionsmaßregeln gegen anarchistische Attentate würden nebenher geben.

Abg. Windthorst entgegnet, daß gerade die anarchistischen Gefahren wesentlich für Annahme des Socialistengesetzes geltend gemacht werden seien.

Abg. Frdr. v. Minnigerode wünscht, sofort auf die Beratung des Socialistengesetzes einzugehen.

Abg. Dr. Hönel meint, daß der Plan der Gesetzgebung über Explosivstoffe in einem gewissen Verhältnis zur Verlängerung des Socialistengesetzes stehe, und daß darum an der zweiten Windthorstschen Resolution vorher nähere Auskunft erforderlich sei.

Abg. Dr. Bamberger constatirt, daß die Regierung selbst den vollen Unterschied zwischen socialdemokratischer Agitation und den anarchistischen, bzw. nihilistischen Unternehmungen anerkenne.

Minister v. Puttkamer protestirt im Vorans dagegen, daß man das Repressionsgesetz gegen Explosivstoffe zum Vorwande nehme, um die Verabschaffung des Socialistengesetzes gegen die Gewaltverbrechen oder materiell zu beeinflussen. — Abg. Dr. Windthorst erkennt das Recht der Regierung, auf der Beratung des Socialistengesetzes zu bestehen, voll an, hält aber damit die vorige Gründung seiner zweiten Resolution für durchaus vereinbar.

Die Generaldiskussion wird hiernach vereinbart, die nächste Sitzung auf Sonnabend 10 Uhr Vormittags an-

Deutschland.

* In unserer gestrigen Abendnummer haben wir bereits einen uns telegraphisch zugegangenen kurzen Bericht über die vorgestern (Donnerstag) Abend stattgehabte Sitzung der Socialistenkommission gebracht. Da dieselbe viel des Interessantesten bot, tragen wir nach der "N. Z." folgend einen ausführlicheren Bericht über diese Sitzung nach.

Es wohnten derselben die Minister v. Puttkamer und v. Bötticher, der sächsische Gesandte v. Rositz-Wallwitz, der badische Bevollmächtigte v. Marshall, sowie zahlreiche andere Mitglieder und Commissaries des Bundesraths und nicht zur Commission gehörige Abgeordnete bewohnten. Die Generaldebatte wurde fortgesetzt.

Abg. Dr. Bamberger (frei) rechtfertigte als erster Redner in längerer Ausführung den Standpunkt derjenigen, die im Jahre 1878 für den Erlass und dann für die Verlängerung des Socialistengesetzes gesprochen haben, jetzt aber dasselbe verwerfen wollen. Niemals habe er das Ausnahmegesetz als einen dauernden Bestandteil der organischen Reichsgesetzgebung gesehen; nach den Erklärungen des Reichskanzlers aber und nach der wiederholten vorgeschlagenen Verlängerung sei dies offenbar die Meinung der Regierung. Von einem Ausnahmegesetz gegen Meinungen, Programme u. dgl. seien geforderte Maßregeln gegen Gewaltthärente und gegen die Gefahren des Missbrauchs explodierender Stoffe wohl zu unterscheiden. Solche gesetzgeberische Maßregeln zu treffen, sei er bereit.

Abg. Schröder-Wittenberg (frei), der an den bisherigen legislatorischen Schritten nicht beteiligt ist, erklärt sich entschieden gegen das Ausnahmegesetz, weil es in die Wege der Konspiration und der anarchistischen Gewaltthärente dränge.

Abg. Windthorst betrachtet den ersten Erlass des Gesetzes als einen großen Fehler, betrachtet auch jetzt die sofortige Aufstellung des Gesetzes als das richtige, glaubt aber, daß man Rücksicht nehmen müsse auf das, was unter der Geltungsdauer des Gesetzes entstanden sei und daß man demgemäß ein Übergangsstadium anbahnen solle, welches eine mögliche Explosion verhindere. Hierzu diene der von ihm vorgelegte Entwurf, welcher der Socialdemokratie eine größere Freiheit gestattet, unter der sie zeigen würde, ob sie revolutionäre oder reformatorische Wege zu beschreiten beabsichtige. Die Aufhebung des Belagerungszustandes außerhalb Berlins sei in dieser Richtung die Hauptfahrt. Persönlich würde er auch für die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin sein, doch wolle er der abweichenden Auffassung des Staatsoberhauptes selbst bei Rechnung tragen.

Abg. Schröder-Wittenberg (frei), der an den bisherigen legislatorischen Schritten nicht beteiligt ist, erklärt sich entschieden gegen das Ausnahmegesetz, weil es in die Wege der Konspiration und der anarchistischen Gewaltthärente dränge.

Abg. Windthorst betrachtet den ersten Erlass des Gesetzes als einen großen Fehler, betrachtet auch jetzt die sofortige Aufstellung des Gesetzes als das richtige, glaubt aber, daß man Rücksicht nehmen müsse auf das, was unter der Geltungsdauer des Gesetzes entstanden sei und daß man demgemäß ein Übergangsstadium anbahnen solle, welches eine mögliche Explosion verhindere. Hierzu diene der von ihm vorgelegte Entwurf, welcher der Socialdemokratie eine größere Freiheit gestattet, unter der sie zeigen würde, ob sie revolutionäre oder reformatorische Wege zu beschreiten beabsichtige. Die Aufhebung des Belagerungszustandes außerhalb Berlins sei in dieser Richtung die Hauptfahrt. Persönlich würde er auch für die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin sein, doch wolle er der abweichenden Auffassung des Staatsoberhauptes selbst bei Rechnung tragen.

Abg. Dr. Hönel nimmt im Allgemeinen Stellung zu den Windthorstschen Amendments, die zwar Wildungen enthielten, aber bei der in der Praxis gebildeten Auslegung des § 1 die bedächtigste freie Bewegung der Parteidiskussion nicht herbeiführen werden. Wichtig für die Beurtheilung der Wirkung des Socialistengesetzes sei die Frage nach der Scheidung innerhalb der Socialdemokratie zwischen der gemäßigten Richtung und den Anarchisten.

Abg. Eugen Richter wünscht die von Seiten der Regierung in Aussicht gestellte Auskunft über die anarchistischen Umtriebe. Er wünscht deshalb die zweite Windthorstsche Resolution zuerst zur Diskussion gestellt zu sehen. Sehr bedeckt sei ihm im Augenblick Windthorst die Unterscheidung zwischen Berlin und dem übrigen Lande in Anwendung des kleinen Belagerungszustandes. Er schildert die bedeutenden Errcheinungen, die gerade unter dem Belagerungszustand in Berlin hervorgetreten seien. Minister v. Puttkamer erklärt, daß die preußische Staatsregierung seit längerer Zeit sich mit einem Gesetzentwurf über Repressionsmaßregeln gegen die Anarchisten beschäftige, daß derselbe aber große technische Schwierigkeiten biete. Das Parlament werde sich nach Einbringung der Vorlage an den Bundesrat seiner Zeit mit derselben zu beschäftigen haben. Die zweite Windthorstsche Resolution sei ganz unabhängig von der Frage der Annahme oder Ablehnung des Socialistengesetzes; die strengen Repressionsmaßregeln gegen anarchistische Attentate würden nebenher geben.

Abg. Windthorst entgegnet, daß gerade die anarchistischen Gefahren wesentlich für Annahme des Socialistengesetzes geltend gemacht werden seien.

Abg. Frdr. v. Minnigerode wünscht, sofort auf die Beratung des Socialistengesetzes einzugehen.

Abg. Dr. Hönel nimmt im Allgemeinen Stellung zu den Windthorstschen Amendments, die zwar Wildungen enthielten, aber bei der in der Praxis gebildeten Auslegung des § 1 die bedächtigste freie Bewegung der Parteidiskussion nicht herbeiführen werden. Wichtig für die Beurtheilung der Wirkung des Socialistengesetzes sei die Frage nach der Scheidung innerhalb der Socialdemokratie zwischen der gemäßigten Richtung und den Anarchisten.

Abg. Eugen Richter wünscht die von Seiten der Regierung in Aussicht gestellte Auskunft über die anarchistischen Umtriebe. Er wünscht deshalb die zweite Windthorstsche Resolution zuerst zur Diskussion gestellt zu sehen. Sehr bedeckt sei ihm im Augenblick Windthorst die Unterscheidung zwischen Berlin und dem übrigen Lande in Anwendung des kleinen Belagerungszustandes. Er schildert die bedeutenden Errcheinungen, die gerade unter dem Belagerungszustand in Berlin hervorgetreten seien. Minister v. Puttkamer erklärt, daß die preußische Staatsregierung seit längerer Zeit sich mit einem Gesetzentwurf über Repressionsmaßregeln gegen die Anarchisten beschäftige, daß derselbe aber große technische Schwierigkeiten biete. Das Parlament werde sich nach Einbringung der Vorlage an den Bundesrat seiner Zeit mit derselben zu beschäftigen haben. Die zweite Windthorstsche Resolution sei ganz unabhängig von der Frage der Annahme oder Ablehnung des Socialistengesetzes; die strengen Repressionsmaßregeln gegen anarchistische Attentate würden nebenher geben.

wird nach Maßgabe des steigenden Bedürfnisses auch ohne Reichsunterstützung geleistet werden. Regelmäßige und schnelle Post- und Personen-transporte nach Ostasien und Australien aber werden nach der Ansicht von Sachverständigen noch auf lange Jahre hinaus unrentabel sein und also von der Privatindustrie nicht eingerichtet werden. Hier soll nach der Vorlage das Reich eintreten. Im Jahre 1881 ist dem Reichstage eine Denkschrift vorgelegt worden, in welcher dem Reichstage von dem Inhalt der Berichte des deutschen Reichsambassanten in Peking, Hrn. v. Brandt, und des kaiserlichen Generalconsuls für Australien bezüglich der Massregeln mitgetheilt wurde, welche zur Erhaltung und Erhöhung des deutschen Ausfuhrhandels nach Ostasien, Australien und der Südpazifik erforderlich erscheinen. In jenen Berichten war der Nachdruck auf die Herstellung regelmäßiger Frachtverbindungen gelegt, eine Rücksicht, die in der jetzigen Vorlage etwas mehr zurücktritt. Den beteiligten Kreisen aber ist es nicht unbekannt, daß der diesseitige Gesandte in Peking schon seit 10—12 Jahren immer wieder darüber geklagt hat, daß von den Großstaaten Deutschland allein nicht im Besitz direkter Postdampfschiffverbindungen sei und in dieser Hinsicht hinter England, Frankreich, Österreich und selbst Italien zurückstehe. Die Motive erörtern ferner eingehend die nicht unwichtigen Dienste, welche diese Postdampfer auch der Kriegsmarine leisten würden. Eine andere Frage ist die, ob die geforderte Summe von 4 Mill. jährlich zu dem in Aussicht genommenen Zweck ausreichend sein würde. Die wirkliche Ausgabe würde sich tatsächlich noch niedriger stellen, da sowohl die Post- als auch die Marinewaltung erhebliche Ausgaben erparen würden, welche selbst auswärtigen Unternehmungen zu Gute kommen. Man will aber berechnen, daß eine Unterstützung im Betrage von 4 Mill. Mt. nahe ausreichend sein würde, etwa 50 Proc. der Betriebskosten für die Linie Hamburg-Bremen nach Ostasien einerseits und nach Australien andererseits zu decken — eine Angabe, für deren Richtigkeit wir übrigens keine Garantie übernehmen. Der Bundesrat hat die Vorlage zunächst den Ausschüssen für Rechnungsweisen, Handel und Verkehr und für Seewesen überwiesen, es ist aber nicht zweifelhaft, daß der Gesetzentwurf in naher Zeit dem Reichstage zugehen wird.

△ Berlin, 24. April. Der Bundesrat hält heute im Reichstage eine Plenarsitzung, welche trotz der überlangen Tagesordnung nur kurze Zeit in Anspruch nimmt. Gegenstände von besonderer Wichtigkeit wurden nicht erledigt. — Der Gesetzentwurf über die Dampfer-Subvention für den Verkehr mit überseeischen Ländern begegnet in Reichstagskreisversammlung einer ablehnenden Haltung. Sollte der Entwurf noch an den Reichstag gelangen, so dürfte er jetzt ebenso aussichtslos sein wie er es früher war.

* Es ist kaum glaublich, schreibt heute das „D. Reichsblatt“, aber es wird in allem Ernst erzählt: „Der Landrat v. Heydebrand und der Vasa verläßt bekanntlich den Landrathof zu Namslau, und nun soll der Regierungss-Professor Graf Dohna, der zu der Scene zwischen dem Hrn. Baron Ohlendorf und dem Gemeindevorsteher Fuhrmann-Deutsch-Marchow Veranlassung gab Lust haben, Landrat gerade in Namslau zu werden. Glaubt man denn, solche Dinge würden so schnell vergessen? Dann wollen wir sie demnächst wieder ins Gedächtnis rufen. Wir möchten dem Herrn Grafen den guten Rath geben, sich einen anderen Kreis auszuwählen, und nicht gerade den, wo er sich die ersten Vorbeeren gepflückt.“

Österreich-Ungarn.

Wien, 24. April, Abends. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Ministers des Innern, sowie des Handelsministers und des Ministers für Ackerbau, welche unter Aufhebung der bezüglichen Verfügung der Wiener Marktordnung vom 3. September 1883 die Probefischerei von Schlagschleichen beim Partientenkauf nach dem lebenden Gewichte gestattet, dieselbe soll, falls Käufer und Verkäufer über die Höhe des Procentabzugs sich nicht einigen können, unter Aufsicht eines Organes des städtischen Marktkommissariats und des Schlachtfischereibüros erfolgen. Ferner wird der gemeinschaftliche Ankauf von Schlachtfischern durch mehrere Käufer nach dem lebenden Gewichte gestaltet und bestimmt, daß bei einer eventuellen Theilung durch das Voos die Verlorenung nur unter Aufsicht eines Organes des städtischen Marktkommissariates stattfinden darf. (W. T.)

Die „Presse“ bestätigt, daß die Verhandlungen wegen Bestrafung der Pilsen-Priester Bahn gestern abgeschlossen worden sind. Letzter erhält eine Gesamt-Jahresrente von 800 000 fl., von welcher die planmäßige Amortisierung des Aktienkapitals binnen 79 Jahren zu bestreiten ist. Die Prioritäten erster Emission erhalten 4prozentige Silbertitres.

machten Waldlichtungen, wo sich mitten unter Maisfeldern eine kleine Blockhütte erhob. Überall in diesen Hütten sahen wir schmutzige Kinder und hässliche, mürrische Weiber, mit Thonpeisen im Munde. Man sah es den Häutern, wie den Bewohnern an, daß Fleisch und Gewerthätigkeit in dem Lande der Sklavenarbeit keine Heimstätte finden. „Das ist der Fluch der Sklaverei“, sagte Olivia. „Das Land büßt für die Sünden seiner Bewohner. Nichts gedeiht, keine sauberen, ertragreichen Farmen, keine Landstraken, keine Art gewerblicher Anlage, denn die Arbeit ist hier verachtet und wird als Erbteil der verfluchten Race, der Neger, betrachtet.“

Weiße Männer haben wir wenig; sie waren mit Ausnahme der Knaben und Greise fast alle in die Reihen der Armee des Südens gerollt. Die Frauen waren zu faul und indifferent, um sich um uns zu kümmern. Sie fragten uns nur selten einmal nach Neuigkeiten vom Kriege. Nirgends waren Zeitungen oder Bücher zu finden, nur sehr Wenige von ihnen schrieben notdürftig schreiben zu können. Welches furchterliche Leben! „Es ist der Fluch der Sklaverei!“ sagte Olivia.

Ich erinnere mich nicht mehr an alle die Namen der Plätze und Ortschaften, die wir berührten; sie trugen denselben Charakter. Auch weiß ich nicht mehr, wie viel Tage wir gewandert waren, als wir in die große Gefahr gerieten, die ich jetzt berichten will, und die aus der ungenauen Bekanntschaft unseres Führers mit allen den kleinen Feld- und Kreuzwegen entstand.

Er mußte sich wohl hin und wieder in den Zeichen an den Bäumen, oder in den manigfachlich durchkreuzenden Feldwegen geirrt haben, denn auf einmal bemerkten wir, daß wir, statt nach unserer nächsten Station, geradewegs nach dem Orte hinflossen, den wir am meisten hätten vermeiden müssen, nach Fayetteville, nächst Raleigh die größte Stadt von Nord-Carolina, die noch dazu durch eine Eisenbahn mit Wilmington verbunden ist. Es war in der That der gefährlichste Ort für uns. (Fortf. folgt.)

Belgien.

Brüssel, 22. April. Der Senat hat heute das Justiz- (nebst Cultus-) Budget mit 29 Stimmen gegen 13 (8 schwiegen) genehmigt. Auf Grund dieses außerordentlichen Schriftstoffs und öffentlicher Darlegungen machte Minister Bara folgende Mittheilung: Die vielgerüstete Oppositionsseite der clericalen Partei für die Errichtung freier Schulen ist keineswegs eine freiwillige Begeisterung, sondern die natürlich Folge von Drohungen und Zwangsmahnmageln. Die Geistlichen werden von ihrem Bischof angewiesen, kostet es was es wolle, um den Preis, sei es auch mit eigenen Opfern, wenn die Beichtstühler nicht zahlen wollen, Schulen zu gründen. Gegenvorstellungen fruchten nichts; wer nicht gebornt und nicht sofort eine Schule gründet, wird seines Amtes entfeht, und es sind viele abgesetzt worden. Auf diese Weise sind die Schulen, mit denen die clericalen Partei so großthut, aus dem Boden gestampft worden, nur um den vom Staate eingerichteten Anstalten Abbruch zu tun. Das ist die Eltern ebenfalls mit Drohungen geworben werden, ihre Kinder in diese neuen Schulen zu schicken, ist allbelastet.

England.

London, 24. April, Abends. Unterhaus. Der Kanzler der Schatzkammer, Chilbers, gab im weiteren Verlaufe der Sitzung sein Finanzprojekt. Nach denselben hat sich im letzten Finanzjahr eine Überschüsse von 200 000 Pfund ergeben, die Staatschuld ist um 8 Millionen gemindert worden. Der Vorschlag für das laufende Finanzjahr bezieht die Ausgaben auf 85 250 000, die Einnahmen auf 85 500 000 Pf. Sterl., der Überschuß von 250 000 Pfund werde sich durch eine kleine Veränderung bei der Viehhaltung auf 240 000 Pfund reduzieren. Chilbers beantragt, daß die meisten der im Umlauf befindlichen Goldmünzen an Gewicht verloren hätten, die halben Pfundstücke einzuziehen und durch Gehnichthyllingsstücke zu ersetzen, die nur $\frac{1}{2}$ (?) des Goldgehalts der jetzigen Münze haben; ferner beantragt Chilbers die Reduction der Zinsen der Staatschuld, er sucht zu dem Ende um die Ermächtigung nach, die 3 percent. Consols ad pari einlösen, oder nach Wahl der Inhaber mit 2% pro cento. mit Quartalscoupon versehenen Consols, die nicht vor dem Jahre 1905 einlösbar sind, à 102 pro 100 einlösen zu dürfen, endlich erhielt derselbe die Ermächtigung, 2% pro cento. Consols à 108 pro 100 anbieten zu dürfen.

Frankreich.

Paris, 23. April. Sämtliche biesie Blätter bringen sehr schmeichelhafte Artikel über die Boers und über ihren in den Kämpfen mit den Engländern bewiesenen Heldenmut. In Unterredungen mit biesigen Journalisten rühmen die Delegirten der transvaalischen Republik die wohlwollende Aufnahme, die sie bei Gladstone fanden. Heute stellte Dieb-Monnin, Senator und Präsident der Pariser Handelskammer, die Delegirten dem Conseils-präsidenten Ferry vor. Die Delegirten werden von hier nach Lissabon gehen, um mit Portugal wegen einer Eisenbahn zu unterhandeln, die von Pretoria durch die portugiesischen Besitzungen bis zur Delagoa-Bai geben soll. Grévy wird die Delegirten wahrscheinlich morgen empfangen. Die biesige „Gesellschaft für Colonialforschungen“ gibt ihnen am Donnerstag im Grand Hotel ein Bankett.

Italien.

Rom, 24. April. Der König und die Königin sind heute Abend nach Turin abgereist, um der am Sonnabend dort stattfindenden Eröffnung der nationalen Ausstellung beizuwohnen. (W. T.)

Portugal.

Lissabon, 22. April. Die Bairamer ge- nehmigte heute den Entwurf, welcher zur Reform der Verfassung ermächtigt.

Niederlande.

* Wenn die Ratsschläge des Hrn. Katkov noch etwas bei der russischen Regierung gelten, dann ist von Seiten Russlands noch eine Verstärkung des Schutzzolles, nicht aber eine Milderung desselben zu erwarten. Die „Moskowskij Wiedomost“ schlägt nämlich, um den Absluß des russischen Goldes in das Ausland und das Sintern des Creditubels zu verhindern, folgende Maßregeln vor: „Die Aufbesserung der auswärtigen Handelsbilanz Russlands könne nur auf eine Weise bewerkstelligt werden: durch eine Beschränkung des Imports ausländischer Waaren und durch Erweiterung des Exports von russischen Erzeugnissen. Um den Import zu beschränken, existiren zwei Mittel: 1) ein zeitweiliges Verbot (bis der Wechselkours al pari steht), solche Waare zu importieren welche die Russen recht gut entbehren können, und 2) ein stark erhöhter Schutzzoll auf solche Gegenstände, die Russland selbst besitzt oder herstellen kann, doch unter der Bedingung, daß die bestreitenden Gegenstände auch qualitativ gut sind. Die Erweiterung des Exports von russischen Erzeugnissen könne sehr leicht bewerkstelligt werden, wenn die Regierung diejenigen Produktionszweige, welche brauchen ein Ablagergebiet haben, energisch fördere und unterstützen. Es unterliege gar keinem Zweifel, daß viele sich gegen das Einfuhrverbot von Gewohnheits- und Luxusgegenständen aussprechen werden; doch angesichts der großen Bedeutung des verfolgten Zweedes müsse man die Klagen von solchen Egoisten unberücksichtigen lassen, denen Patriotismus und Bürgerpflicht dem Staate gegenüber fremde Dinge seien. Man sage, daß die Einschränkung des Imports von ausländischen Erzeugnissen die Solleinnahmen beeinträchtigen werde, und das sei wahr, doch dürfte die Regierung und Russland ohne Frage bei einer Aufbesserung des Courses einen weit höheren Vortheil erzielen. Unzertrennlich mit obigen Maßregeln sei aber auch dann die Forderung, die Transportmittel für russische Exportwaaren zu verbessern und die Transportrouten zu ermöglichen. Um dieses zu bewerkstelligen, müsse für diejenigen russischen Waaren, welche per Eisenbahn zur Förderung ins Ausland an russische Hafenplätze gehen, ein mäßiger Tarif angelegt werden; weiter müsse man sich eine scheinbare Entwicklung der russischen Sabotage- und Handelsflotte auf den russischen Meeren angelegen sein lassen.“ Durch diese zum Theil unsinnigen Maßregeln hofft das Moskauer Blatt, den Russen den 250 Millionen Tribut an das Ausland zu ersparen, allein es dürfte selbst Herrn Katkov schwer werden, zu bestimmen, welche Artikel Russland „recht gut entbehren kann.“

* In Petersburg ist der Correspondent dänischer Zeitungen, Brönsted, wegen mehrerer in Hofkreisen umliebsem aufgenommener Berichte über Petersburger Zustände verhaftet worden. Der selbe dürfte aus Russland ausgewiesen werden.

Rumänien.

Russchuk, 24. April. Der Fürst Alexander von Bulgarien ist heute Morgen mit dem Ministerpräsidenten Banoff, dem Minister des Auswärtigen, Balabanoff, und mit dem Kriegsminister, Kantuzenos, nach Varna abgereist, um den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Österreich bei ihrer Landung zu empfangen. (W. T.)

Türkei.

Konstantinopel, 24. April. Der Bauteinspector Raif Efendi ist zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. (W. T.)

Amerika.

a. e. Washington, 22. April. Der Senat hat heute das Justiz- (nebst Cultus-) Budget mit 29 Stimmen gegen 13 (8 schwiegen) genehmigt. Auf Grund dieses außerordentlichen Schriftstoffs und öffentlicher Darlegungen machte Minister Bara folgende Mittheilung:

Die vielgerüstete Oppositionsseite der clericalen Partei für die Errichtung freier Schulen ist keineswegs eine freiwillige Begeisterung, sondern die natürlich Folge von Drohungen und Zwangsmahnmageln. Die Geistlichen werden von ihrem Bischof angewiesen, kostet es was es wolle, um den Preis, sei es auch mit eigenen Opfern, wenn die Beichtstühler nicht zahlen wollen, Schulen zu gründen. Gegenvorstellungen fruchten nichts; wer nicht geboren und nicht sofort eine Schule gründet, wird seines Amtes entfeht, und es sind viele abgesetzt worden. Auf diese Weise sind die Schulen, mit denen die clericalen Partei so großthut, aus dem Boden gestampft worden, nur um den vom Staate eingerichteten Anstalten Abbruch zu tun. Das ist die Eltern ebenfalls mit Drohungen geworben werden, ihre Kinder in diese neuen Schulen zu schicken, ist allbelastet.

Mexico, 23. April. Die Regierung hat einen Vorschlag der Kaufmannschaft, die Stempelsteuer durch eine Abgabe von $\frac{1}{2}$ bis 2 Proc. von allen Verkäufen zu erheben, in Erwägung gezogen.

Sollte der Vorschlag angenommen werden, so sind die Kaufleute geneigt, der Regierung einen Vorschuss von 1 500 000 Dollars zu leisten.

Es heißt, daß eine Bande von Aufrührern gegen den Gouverneur von Guerrero in Tapachica geschlagen worden sei. 52 Rebellen sollen dabei tot am Platz geblieben sein.

Danzig, 26. April.

* [Liberaler Wahl-Verein] Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Hrn. Emil Berenz im Bildungsvereinsaal die Jahres-Generalversammlung dieses Vereins statt, die allerdings nicht so zahlreich besucht war, als der hauptfächliche Bevölkerungsgegenstand es wünschte. Zunächst erstattete der Schriftführer A. Klein einen kurzen Jahresbericht ab, dem zu entnehmen ist, daß die Mitgliederzahl im letzten Jahre um ca. 150 wuchs, daß der Verein sich bei dem Leichenbegängnis Laskers durch ein Vorstandsmitglied vertreten und durch dieses einen Widmungskranz auf Laskers Sarg niedergelegt ließ. Der Bevölkerungsstatistiker gedachte dabei der bisherigen achtjährigen Wirksamkeit des Vereins und des Ziels, welches sich derselbe bereits bei seiner Gründung gesetzt habe: ein Vereinigungspunkt für alle Liberalen Danzigs sein zu wollen. Die vom Vorstand vorgeschlagene Jahres-Rechnung wurde dann einstimmig beschlossen. Hr. Ehlers sprach hierauf kurz die Bildung der deutschen freisinnigen Partei und hob unter Hinweis auf die Schutzbewegung und die damit verbundenen Beschränkungen der Erwerbstätigkeit und die Lähmungen des Verkehrs, welche selbst das Heidelberg-berger Programm eines Theils der süddeutschen Nationalliberalen begründete, die für Danzig besonders dringend Notwendigkeit eines Zusammensehens aller liberalen antischulzöllerischen Wähler hervor. Im Anschluß hieran und die am 10. März von einer großen Wähler-Versammlung im Schützenhaus einstimmig angenommene Resolution referierte Redner dann über die mit Vertretern der biesigen Fortschrittspartei getroffene Vereinbarung bezüglich Umwandlung des Vereins in einen Wahl-Verein der Deutschen freisinnigen Partei. Diese, vom Vorstand des Liberalen Wahl-Vereins einstimmig der General-Versammlung zur Annahme empfohlenen Vereinbarungen betrafen 1) verschiedene Änderungen des Statuts (vorwiegend rein formeller Natur) und 2) die Zusammensetzung des Vorstandes des neuen Vereins für die nächsten 2 Jahre. Die Versammlung, aus deren Mitte Hr. Simonson diese Vereinbarungen warm empfahl, genehmigte einstimmig en bloc sämtliche Statutenänderungen und ebenso die Zusammensetzung des Vorstandes des Wahlvereins der Deutschen freisinnigen Partei aus folgenden Personen: E. Berenz (Vorsitzender), Dr. Koch (stellvertretender Vorsitzender), Klein (Schriftführer), Stadtrath Helm (stellvertretender Schriftführer), Stadtrath Berger (Schatzmeister), Rechtsanwalt Goldmann und Malermüller Schüß (Beisitzer); ferner als Mitglieder des Gesamt-Vorstandes den Herren Ahrens, Alter, Böck, Neufahrwasser, Damme, Dr. Dasse, Davidjohn, Ehlers, Hyppenbeck, Käsemann, Kammerer, Koch, Kownatzki, Löbmeier, Nöbel, Olschinski, Philipp, Neufahrwasser, Röderacker, R. Schirmacher, A. Schröder und Zimmermann. — Dem Antrage von A. Klein entsprechend, vollzog hierauf die Versammlung einstimmig den Umwandlungsbeschluß in folgender Form:

Der Liberalen Wahlverein — bereits im Jahre 1876 ausdrücklich zu dem Zweck der Vereinigung aller liberalen Elemente des Danziger Stadtteiles gegründet — befürchtet seine Umwandlung in einen Wahlverein der Deutschen freisinnigen Partei in der Hoffnung und mit dem dringenden Wunsche, daß dieser Schritt dazu beitragen werde, angehört der ersten Gefahr, in welcher jetzt fast jede liberale Errungenschaft der letzten Jahrzehnte schwiebt, die Liberalen aller bisherigen Parteiaffiliationen in unserer Stadt und Provinz zu einem einzigen Augebühr zusammenzuführen.

Die bisherige Uneintheit der Liberalen hat wesentlich zur Erfahrung ihrer Gegner beigetragen, die Erfolge derselben vielfach begünstigt.

Um so mehr erachtet die heutige Versammlung des Liberalen Wahlvereins es für eine öffentliche Pflicht jedes aufrecht stehenden Menschen, selbst unter Darbringung von Opfern an persönlichen Neigungen und Wünschen, das angebotene Einigungswerk zu fordern, — eingedenkt diesmal Brotzeit am Bertheilungstage (3. Juli) das 14. Lebensjahr vollendet und das 20. noch nicht überschritten haben. Nur die begründeten Anträge werden berücksichtigt werden können.

* [Fernsprech-Interessenten] Dem Vorsteher-Amte der Kaufmannschaft ist durch die Direction der Marienburg-Mlawka Eisenbahn eine Mittheilung der Weißsel-eisenbahn vom 21. d. M. zugegangen, laut welcher auf der Grenzstation Mlawka die Artilleriespesen für Rohstoffe wieder auf den früheren Satz von $\frac{1}{2}$ Kop. pro蒲t berabgesetzt worden sind.

* [Stipendien] Aus der bei dem Curatorium des Nationalbands verwalteten Sonderstiftung zur Unterstützung mittellos hinterbliebener Töchter im Felde gestorber Soldaten können einige Soldatenwaisen in diesem Jahre Berücksichtigung finden. Zur Teilnahme sind berechtigt: Töchter preußischer Soldaten vom Feldwebel abwärts, deren Väter entweder in der Schlacht gefallen oder in Folge von Verwundungen und eingesetzter Krankheiten gestorben sind. Die Beteiligten müssen am Bertheilungstage (3. Juli) das 14. Lebensjahr vollendet und das 20. noch nicht überschritten haben. Nur die begründeten Anträge werden berücksichtigt werden können.

Termin hinaus währen zu lassen, und es wird dieser nunmehr erst mit dem 30. d. M. geschlossen werden.

* [Petitionen] Das soeben ausgegebene dritte Verzeichniß der bisher beim Reichstage in dieser Session eingegangenen Petitionen ist ein außerordentlich reichhaltiges. Die Zahl der Petitionen, welche es aufweist, beläuft sich auf viele hundert. Das Haupt-Contingent derselben betrifft Änderungen der Gewerbeordnung und den Gelehrtenwegen wegen des Feingehalts von Gold- und Silberwaren. Allein 434 Petitionen bitten um Ablehnung dieses Gesetzes, dagegen — soweit ein Bedürfnis dafür vorliegt — der Erlass gesetzlicher Bestimmungen zu erwirken, daß jeder Berufstätiger beginne. Verkäufer von Gold- und Silberwaren für den von ihm angegebenen Gehalt bei hohen Strafen verantwortlich sei. Aus unserer Gegend haben sich Juwelier-Geschäfte in Danzig, Kulm, Dr. Ehlers, Elbing, Graudenz, Marienburg, Marienwerder, Riesenburg, Stolp, Eßlin, Thorn, Bromberg, Tiltz der Petition angehlossen. Fast ebenso zahlreich sind die Petitionen von Innungen, welche andern als Innungmeistern das Halten von Lehrlingen untersagt, mindestens das ganze Lehrlingswesen den Innungen unterstellt haben wollen. Die Schuhmacher-Innungen haben allein über 300 solcher Petitionen an den Reichstag gesandt, darunter befinden sich die Schuhmacher-Innungen in Danzig, Berent, Bülow, Eßlin, Dirscau, Dr. Krone, Kulm, Konitz, Jastrow, Königsberg, Lauenburg, Marienburg, Marienwerder, Nieve, Neuenburg, Neustadt, Osterode, Pr. Ehlers, Pr. Stargard, Rastenburg, Schlochau, Schwedt, Thorn, Tempelburg und verschiedenen ostpreußischen Städten, namentlich derjenigen des Ermlandes. Der Ausdruck der deutschen Turnerschaft hat ferner eine Petition eingefangen, in welcher gebeten wird, dabin zu wirken, daß für diejenigen militärfälligen Personen, welche bei ihrem Eintritt ein entsprechendes Maß leiblicher Durchbildung und turnerischer Fertigkeit behaftet, bei sonstiger dienstlicher Dienstführung eine zweijährige Militärdienstzeit zugelassen, event. wenigstens eine dementsprechende Verlängerung zur Regel, sowie durch Änderung des § 11 des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 9. November 1867 bei den Prüfungen für Erlangung der

mit Wälfen. Selbst die „Wilden“ zieren ihren Körper, schmieden sich Schrammen in die Wangen, was nicht seltsam ist, aber die Form des Körpers nicht ändert; sie machen sich keine Wälfte auf die Achseln, sie lassen diesen die natürliche Form. In der griechischen und römischen Zeit spielt die Gewandung eine große Rolle. Aber ungeachtet allen Faltenreichthums und des Bestrebens, dienen Reichtum malerisch zu gestalten, gab die Gewandung dem Körper, den sie sich anzuschnüren hatte, keine neue Form. Selbst ihren Göttern meisterten sie keine Achselwölfe an. Es existieren nicht viele Künstler aus der guten Zeit, welche nicht wenigstens eine Venus im Gewande der Natur gebildet hätten — aber keine einzige dieser herrlichen Gestalten hat Achselwölfe von Natur aus. Man sah die merkwürdigsten Abweichungen von der normalen Form des menschlichen Leibes, s. B. härtige Frauen oder solche mit drei Füßen oder sechs Fingern oder armlose, aber solche mit Achselwölfern zeigten sich nie und nirgends. Der Achselwölf ist eine Erfindung des Jägers. Der Wölf dient dazu, den Menschen nicht herabzuführen zu lassen, an dem das Schwiegerehe über die Achsel gehängt wird. Der Wölf ist bei Gemeindern rein Rüslichkeitssache. Die Schönheit hat damit gar nichts zu thun. Der Jäger will nicht die Natur verbessern, sondern nur seine Waffe sicher tragen. Wozu tragen unfer Damen jetzt Achselwölfe? Hochanfangspusse, fastenreiche Wölfe! Sie tragen nichts auf ihren Achseln. Die Gelachinen lassen ihre Kinder auf den Achseln reiten — das thun europäische Frauen nie. Damen tragen ihre Kinder überhaupt nie auf der Gasse; für diese sind die Wölfe gemacht. Die Wölfe haben auch keine Art Gehänge vor dem Halschen zu bewahren. Unfer Damen tragen weder den Umschwungriemen, noch ihren Zwicker, noch ihren Fächer, noch auch ihre Geldtasche über die Achsel gehängt. Den Zwicker haben sie auf der Taille, den Fächer um die Taille und die Börse außen im Paletot neben dem Schnupftuch für die Taschenabende. Als praktischen Zweck haben die Wölfe auf allen ihren Jaquetts, Regen- und andern Manteln, modellierten Krägen und Salongemändern nicht. Die Epauletten des Soldaten bietet auch keine Erklärung für die Achselwölfe unserer Damen, denn die Epauletten sind wieder nichts als der ästhetische Rückstand des Achselstückes der alten Rüstung unserer Ritter. Ihr Zweck ist heutigen Tages doch in erster Linie der Schmuck, in zweiter die Verbreitung der Achsel. d. h. die Erhöhung der Männlichkeit durch äußere Kraft der Schulter, zumal unter dem Mantel. Von all dem kommt dem weiblichen Achselwölf nichts zugute. Diese Wölfe lassen unsere Frauen engbüstig und hochschön erscheinen. Hohe Achseln und Engbüstigkeit sind aber eine Disformatität, eine Abweichung von der normalen Gestalt der Natur. Sie sind dasselbe, was s. B. der Höder oder das schwere Rücksack sind. Sie gehören in die Kategorie der Gebrechen. Eine Mode, welche sich brechen nachahmt, ist neu. Wie wird man in fünfzig Jahren lachen über die heutigen Damensporträts! Rüst aber Alles nichts! Deute zeigt uns der Achselwölf die „verbesserte Frau.“

Frankfurt a. M., 23. April. Gestern Abend erschienen in einer Restauration unweit des Römerbergs zwei Soldaten mit silbergrauen Bärten. Die anderen Gäste waren über die seltsame Erscheinung erstaunt und auf Begehrungen erzählten sie ihre Leidenschaftsgeschichte. Im Jahre 1810 waren beide als Landwehrleute bei der Belagerung von Mex. Hier vergriffen sie sich an einem Unterglied und wurden in Folge dessen zu 15 Jahren Festung verurtheilt. Vierzehn Jahre haben sie abhören müssen, eins wurde ihnen geschenkt. Der eine der beiden Soldaten war aus Stettin. Als er in den Krieg zog, verließ er die Frau und sechs Kinder; die Frau ist unterdessen gestorben. Der andere, unverheirathet, war aus Hamburg. Beide waren in hohem Grade freudig gesimmt, namentlich fühlte sich der Unverheirathete glücklich, seine freien Eltern wiederzusehen; schwer aber fiel es Ersterem auf's Herz, daß ihn seine Kinder nicht kennen werden.

Lieszt, der sich einige Tage in Wien aufhält, begibt sich von dort nach Weimar, wo er bis Anfangs August verbleibt. Dann wird Lieszt den „Parfais“-Aufführungen in Bayreuth beobachten.

ac. London, 23. April. Am Mittwoch früh, kurz nach 2 Uhr, brach in dem Bell-Hotel in der Old Bond Street ein Feuer aus, das leider mehrere Menschenleben forderte. Die Flammen, welche im Erdgeschoss zum Ausbruch kamen, ergreiften rasch die zu den oberen Geschossen führenden Holztreppe. Der Besitzer des Gebäudes, Mr. Billinghurst, stürzte nach dem dritten Stockwerke, wo seine Schwägerin mit zwei Nichteninnen schlief, wedste sie und forderte sie auf ihm rácht zu folgen. Mit Würde gelangte er noch in die Freie, die Frauenzimmer, die ancheinend ihre Kleider anzogen und noch etwas retten wollten, waren zurückgeblieben und sahen eine Minute später den Ausweg versperrt. Sie erschienen beim Fenster und rissen verzweiflungsvoll um Hilfe, die ihnen jedoch trotz aller heldenhüthigen Versuche Mr. Billingsursts und zweier Polizisten, welche von dem Dache des Nachbarhauses einen Rettungsversuch machten, nicht mehr gebracht werden konnte. Ehe die Feuerwehr erschien, war der obere Theil des Hauses eingestürzt und alle drei Frauenspersonen waren in den Flammen umgekommen. Das Feuer wurde bald darauf beseitigt und die Leichen in einem so verhornten Zustande aufgefunden, daß die Identifikation ganz unmöglich ist.

* **Great Eastern**. Dieses unbefriedige Riesen Schiff, welches nur ein Mal, und zwar zur transatlantischen Kabelflegung verwendet wurde, ist soeben von einer Londoner Firma gefaßt worden, welche die Absicht hat, dasselbe als Kohlenflossschiff in Gibraltar zu verwenden. Der größte Handelsdampfer nach dem „Great Eastern“ ist gegenwärtig die „Stadt Rom“.

* Die Umwandlung der italienischen Oper in Paris in ein internationales Theater ist beschlossen. Drei Monate hindurch wird eine französische und vier Monate lang eine italienische Operettengesellschaft Vorstellungen geben.

Danziger Standard.

Vom 25. April.

Geburten: Schuhmachermeister Richard Seiffert, S. — Kupferschmiedeberger Wilhelm Neubäder, L. — Laufstuhlmacher Bruno Nodau, S. — Arb. August Hornik, L. — Meister der lgl. Munitions-Fabrik Albert Hilger, S. — Ueckel, 1 S., 1 T.

Aufgebote: Bädermeister Carl Leopold Schneider und August Wilhelmine Charlotte Preuss. — Conditor George Aufin und Margarete Bob. Helene Weisbrodt. — Schuhmachergelehrte August Eduard Hildebrand und Matilde Rosalie Hartmann. — Malergerüste Gustav Emil Bertram und Anna Maria Wall.

Heirathen: Schlossbaumeister Emil Ferdinand Gots und Johanna Julianne Magdalena Selle. — Arbeiter Johann Benjamin Bentau und Amalie Wilhelmine Hellmer. — Badeanstalt-Bücher und Sec.-Lieutenant der Reserve Johann Georg Elias Janzen und Margaretha Ulrike Louise Schmeder.

Todesfälle: Frau Dorothaea Anna Mogilla geb. Döpte, 73 J. — Arbeiter Jacob Lipinski, 74 J. — Soldat Julius Friedrich Schröder, 68 J. — Bue. Anna Florentine Kallowska, geb. Majchinski, 48 J. — S. d. Kaufbauers Adolf Roat, 3 M. — Werkstattdirektor Jacob Niedel, 73 J. — Vogger-Matrosen Johann Akslowksi, 47 J. — L. d. Güteragent Rudolf Woydowski, 19 J. — S. d. Kaufmanns Gabriel Gustav Zodion, 10 J. — S. d. Schuhstellers Franz Marszanski, 4 M. — Ueckel, 1 T.

Am Sonntag, den 27. April 1884,

predigen in nachbenannten Kirchen:

St. Marien. 8 Uhr Diaconus Dr. Weinlig. 10 Uhr Superintendent Kähle. 2 Uhr Archidiakonus Berling. Beichte Sonnabend 1 Uhr und Sonntag Morgens 9½ Uhr. Donnerstag fällt der Gottesdienst wegen Reinigung der Kirche aus.

St. Johanna. Vorm. 9 Uhr Prediger Auernhammer. Nachm. 2 Uhr Prediger Hoffmann. Beichte Sonnabend Mittags 12½ Uhr und Sonntag Morgens 8½ Uhr. Donnerstag Vormittag 9 Uhr Wochengottesdienst Prediger Auernhammer.

St. Annen. Mittwoch 5 Uhr Abends, Bibelstunde, Dr. Blech, Holzgasse 20.

St. Trinitatis. Vorm. Prediger Dr. Malzahn. Anfang 9 Uhr. Nachmittags Dr. Blech. Beichte um 8½ Uhr früh. St. Katharinen. Vorm. 9½ Uhr Pastor Ostermeyer. Nachmittags 2 Uhr Archidiakonus Wessel. Beichte Vormittag 9 Uhr. Spendhaus-Kirche. Vorm. 9¾ Uhr Prediger Wessel. St. Barbara. Vormittag 9 Uhr Gaffpredigt Pfarrer Jung aus Neu-Palechien. Nachmitt. 2 Uhr Prediger Kubitsch. Beichte Sonnabend Mittags 12½ Uhr und Sonntag Morgens 8½ Uhr. Garnison-Kirche zu St. Elisabeth. Vormittags 10½ Uhr Divisionspfarrer Collin. St. Petri und Pauli (Reformierte Gemeinde). Vorm. 9½ Uhr Prediger Hoffmann. St. Bartholomäi. Vormittags 9 Uhr Superintendent Hewell. Die Beichte 8½ Uhr Morgens. Heilige Leichnam. Vorm. 8 Uhr Superintendent Voie. Die Beichte 8½ Uhr Morgens. Diakonissenhaus-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst Pastor Ebeling. Freitag Nachmittags 5 Uhr Bibelstunde Pastor Ebeling. St. Salvator. Vorm. 9½ Uhr Pfarrer Woith. Die Beichte um 9 Uhr in der Sakristei. Kindergottesdienst der Sonntagsschule. Spendhauskirche, Nachmittags 2 Uhr. Himmelfahrts-Kirche in Neufahrwasser. Vorm. 9½ Uhr Pfarrer Stengel. Beichte 9 Uhr. Kirche in Weichselmünde Militär-Gottesdienst Vorm. 9½ Uhr Divisionspfarrer Köhler. Mennoniten-Gemeinde. Vormittag 9½ Uhr Prediger G. Mammhardt. Behandlung der Brüdergemeinde Johanniskirche Nr. 18. Abends 6 Uhr öffentliche Predigt Prediger Pfeiffer. Montag Abends 7 Uhr Prediger Pfeiffer. Donnerstag Abends 6 Uhr Divisionspfarrer Köhler. Freitag Abends 7 Uhr Prediger Pfeiffer. Hell. Geistliche. (Evangel.-Protest. Gemeinde). Vorm. 9 Uhr und Nachmittags 2½ Uhr Pastor Kübs. Freitag Abends 7 Uhr Pastor Kübs. Fröhligkirche. Fröhligmesse 8 Uhr. Hochamt mit Predigt 10 Uhr. Nachm. 2½ Uhr Besperandacht. St. Nikolai. Fröhligmesse 7 Uhr. Hochamt mit Predigt 9½ Uhr Vicar Blecke. Nachmittags 3 Uhr Besperandacht. St. Joseph. Fröhligmesse 7 Uhr. Vorm. 9½ Uhr Hochamt und Predigt. Nachm. 3 Uhr Besperandacht. St. Brigitta. Fröhligmesse 7 Uhr. Hochamt mit Predigt 9½ Uhr Pfarrer Stengel. Nachm. 3 Uhr Besperandacht. Militär-Gottesdienst früh 7½ Uhr heilige Messe mit deutscher Predigt Divisionspfarrer Dr. v. Wietzowsky. St. Hedwigskirche in Neufahrwasser. 9½ Uhr Hochamt mit Predigt Pfarrer Reimann. Freitags religiöse Gemeinde. Vorm. 10 Uhr Prediger Küdner. Baptisten-Kapelle. Schießstange 13/14. Vorm. 9½ Uhr und Nachm. 4½ Uhr Prediger Pfeiffer. Ev.-luth. Kirche Manberg 4 (am breiten Thor). 10 Uhr Hauptgottesdienst Pred. Dünker. Nachmittags 2½ Uhr Predigt derselbe.

Teigr. Specialdienst d. Danz. Btg.

Abgeordnetenhans.

74. Sitzung am Dienstag, 25. April.

Tagesordnung: 1. Gegenstand: Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Wahlprüfungskommission betr. die Wahl des Abg. Ehren. v. Lüder.

Abg. Bachem (Centr.): Ich empfehle, die Wahl gemäß dem Antrage der Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären, dagegen anstatt des weiteren Antrages derfelben auf Einleitung eines strafgerichtlichen Ermittlungsverfahrens, das von conservativer Seite gestellte Amendement, wonach die befehligen Beamten wegen event. Überschreitung ihrer Amtsbeschränkungen in geeigneter Weise durch die Regierung zur Verantwortung zu ziehen sind, anzunehmen; ebenso bitte ich um Annahme meines Zusatzantrages, welcher die Regierung auffordert, von der Ausführung dieser Beschlüsse dem Hause Mitteilung zu machen. Der Fall, den der Herr Minister aus seiner eigenen landstrittigen Praxis mit einer Offenheit vortrug, die mir um so sympathischer war, je weniger sie in den höheren Regionen vorherrscht (Heiterkeit), ist gar nicht bemerkbar, denn er constatiert nur, daß schon einmal vor 22 Jahren ein Präsident in die Urwahlbezirks-Eintheilung des Landrats unzurecht eingeschlagen. Ich sehe voraus, daß der Minister damals auch in den Städten resp. Städtchen seiner Kreise das gleiche Verfahren angemessen hätte (Aha! links), sonst würde er sich, was ich nicht annenne, eines ganz tendenziösen, unberechtigten Vorwurfs schuldig gemacht haben! (Große Heiterkeit!) Die Art und Weise, wie der Minister die Vorgänge bei der Wahl des Abg. Dürckes zum Reichstag beobachtet hat, will ich nicht kritisieren, aber wenn man diese Mordgeschäfte aus dem Ostpreußischen hört, und wenn man annimmt, daß es sich nicht um einen bloßen Irr handelt, da drängt sich doch für unsreins die Frage auf: Was mag man den armen Leuten dort nicht alles auf unsre Unfosten in der Zeit des großen Culturstreites vorgelegen haben? (Große Heiterkeit im Centrum.)

Abg. v. Bismarck (Nation) (freconf.): Die frei-conservative Fraktion wird für die Ungültigkeit der Wahl v. Lüders votiren. Wenn es auch unserer Ansicht nach unzweifelhaft und keine Doctorfrage ist, daß das Aufsichtsrecht der Behörden sich auch auf die Zweckmäßigkeit der von den unteren Instanzen getroffenen Anordnungen erstreckt, so ist doch seitens des Regierungspräsidenten Steinmann jedenfalls formell incorrect verfahren worden. Die Ungültigkeit einer Wahl kann aber nicht dadurch, sondern erst durch materielle Verstöße herbeigeführt werden, welche allerdings in erheblichem Maße vorliegen. Mit einer Entscheidung stimmen wir gegen den Antrag der Kommission, welcher das strafgerichtliche Verfahren vorschlägt; in dieser Frage spreche ich nicht ohne eine gewisse innere Eregung, denn der Commissionsantrag ist durchaus geeignet, das Rechtsgefühl im Lande aufzustellen, um soviel zu erschüttern. Redner geht sehr ausführlich auf die einzelnen Aussagen der Herren v. Hartung und Dr. Pauli ein und empfiehlt den conservativen Antrag, der auch Ansicht auf praktischen Erfolg im Gegensatz zu dem der Commission hätte! nulla poena sine lege! Wenn wir an die Ansicht des Präsidenten nicht glauben wollen, von seiner Schuld hat uns nichts überzeugt; die Bezeugnisse dritter Hand reichen nicht aus. Ich bitte denkern, unser Antrag anzunehmen! (Beifall rechts.)

Abg. v. Lüder (frei): Die Eregung des Herrn Vorredners über den Commissionsbericht ist nicht begründet. Durch das strafgerichtliche Ermittlungsverfahren soll eben festgestellt werden, ob der Präsident Steinmann der Thäter ist, oder ob er verleumdet wurde. Obwohl mir der Commissionsantrag correcer erscheint, werde ich doch auch für den Antrag Barth mit dem Zusatz Bachem stimmen. Die gestrige große anhaltende Heiterkeit wirkt hente noch etwas nach und ich bedaure nur, daß der Ueberher der selben, der Minister des Innern, uns heute seine Gegenwart nicht schenkt, ich hätte ihm gern persönlich einige Schmeichelheiten gesagt. Das lebensfröhliche Bild des Hoffnungsvollen Landrats, der durch Wahlgeometrie zu Gunsten der Conservativen Stimmen heraußschlägt, forderte unmissverständlich einen Vergleich mit dem jetzigen Minister heraus, der mit derselben ironischen Fröhlichkeit die Gelegenheit benutzt, um manche frechlaue Landratsfeile zu Aehnlichkeit zu veranlassen. (Heiterkeit) Gemischt, mander, die Erfolge des Hoffnungsvollen Landrats von damals sieht, könnte zu der Meinung kommen: wenn es so gelungen (Heiterkeit links), weshalb soll ich zurückkehren? Der Herr Minister versteht es vortrefflich, die Gelegenheiten zu bemühen, um nach außen verständliche Parolen auszugeben. In Bezug auf die Wahlgeometrie wird sich das Haus solche Dinge nicht gefallen lassen. Aber auch bedecktliche Aeußerungen hat der Herr Minister gemacht, die bei den nächsten Wahlen von den Beamten wohl werden fruchtbar werden. Ich halte es für einen der verhängnisvollsten Irrtümer, in dem sich die Conservativen und leider auch der Minister des Innern befinden, daß sie es für zulässig halten, das Staatsamt, das der Allgemeinheit dienen soll, und den amtlichen Einfluss für conservative Parteieweise auszuüben. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Herr Minister neunt den Commissionsbericht eine Streitschrift.

Dieser trockene Bericht — und das ist ein Lob — eine Streitschrift? Wo liegt darin der streitsüchtige Sinn? (Heiterkeit.) Das sagt der selbe Minister, der Anfang erklärt, er wolle sich in das Materielle nicht mischen, und desgleichen ein so schlagfertiges und selbstbewußtes Abgebae und sogar die Thatsache ganz entschieden hat (Sehr richtig! links). Der Minister weiß genau, wie die Sache gewesen ist. Wir hatten aber doch vorher die Meinung, der Minister würde etwas mehr sagen, als er gestagt, selbst nach dem Fall Berlin. (Sehr richtig!) Freilich kann man nach seinem Verhalten bei den früheren Verhandlungen über Wahl einschließen, daß mehr überrascht sein. Was sagt er? Erstens, daß er sich den befahrenen Brief des Präsidenten Steinmann „nicht aneigne“, aber er findet auch dafür sofort „abkömmliche“ Momente in der begehrten Eregung derselben. Zweitens, daß der Präsident Steinmann bei der Aufstellung des Wahlbezirkstablaus formell nicht correct verfahren, aber sachlich wohl. Diese Meinung habe ich durchaus nicht. Es handelt sich hier nicht um einen unbedeutenden formellen Verstoß, sondern um einen materiellen Eingriff. In allem Übrigen hat der Minister den Präsidenten Steinmann sogar in Schutz genommen. Er findet es ganz in der Ordnung, daß der Präsident dem stellvertretenden Director v. Hartung die gewünschte Versetzung erst für die Zeit nach den Wahlen verordnen, denn der Präsident habe eine conservative Stimme mehr für die dortige Wahl behalten wollen. Das ist ein sprechendes Symptom. Die Beamten haben leider lernen müssen, gewisse Winkel zu verstehen, sie wissen ganz gut, was auf dem Spielt steht. Auch das findet der Minister ganz in der Ordnung, daß der Präsident Steinmann sich nach der politischen Gesteinstung des Dr. Pauli erkläre habe. Er bestreitet nur, daß er von einer möglichen Entlastung aus politischen Gründen gesprochen habe. Allerdings aber, auch von Steinmann, wird angegeben, daß er die Möglichkeit einer Entlastung überhaupt angebietet habe. Dies genügt vollständig, um die Sachlage zu konfrontieren. Man muß nach der Wirkung fragen. Sofort nach dieser Unterhaltung ist Dr. Pauli aufgeregert und in Besorgniß, daß seine Stellung auf dem Spielt siehe, zu Bekanntnissen gegangen und hat gefragt, was er thun solle. Ihm ist gerathen, in den conservativen Verein einzutreten, und er hat es gethan. Zu solchen Dingen bringt man jetzt die Beamten (Pachsen rechts). Sie lachen, weil Sie kein Gefühl dafür haben, weil Sie im Beikl der Macht sind und sich freuen, wenn Ihre Reibes mit solchen Mitteln verstärkt werden. Nach der Beschönigung des Ministers wissen die Präsidenten und Landräte jetzt, daß es ganz in der Ordnung ist, wenn es ebenso machen, wie Präsident Steinmann. Im Übrigen hat der Minister in der Hauptstadt von ganz anderen Dingen gelacht. Er griff die Liberalen Ostpreußens an und hat endlich die reichen Blumenleute von Thalbachen (Hört! hört!) vorgebracht, nach der wir uns so lange gefehlt. Und was ist dabei herausgekommen? Eine unauslöschliche andauernde Heiterkeit! Sehr interessant war es, zu erfahren, daß der Minister selbst eine spezielle Ermittlung nach den Wahlen angeordnet hat. (Hört! hört!) Vor dem Amtsvoorbereiter abgegebene unbedeutige Aussagen solcher Art bringt der Minister in einer so ernsten Verhandlung über einen böhmischen Beamten zum Bewußtsein, daß er in Ostpreußen ein fortwährender Terrorist ist. Gefährlich dafür, daß in Ostpreußen ein fortwährender Terrorist ist. (Schwabrechts rechts.) Sie sagen, sehr wahr? für Sie ist es Missbrauch der von der Natur gegebenen Fähigkeiten, wenn man anderer Meinung ist als Sie. Sie sind natürlich die privilegierten Inhaber aller Staatsweisheit, Ihnen gehören alle Stellen im Staat. Sie sind die privilegierten Besitzer von Thron und Vaterland. (Heiterkeit) Das verhindert Sie ja in allen Kreisblättern und stellen uns als Menschen dar, die auf dem Wege zur Revolution sind. Die von Herrn v. Puttkamer angeordneten Ermittlungen scheinen sich auf ganz Ostpreußen erstreckt zu haben, und nun diese magere Ernte! Da könnten wir doch mehr bringen. Das Schreckliche, mit dem größten Nachdruck vorgetragene ist die unbedeutige Aussage gemacht, daß in Lindendorf den Wählern freie Weide und Fischerei verboten worden sei, und zwar auf Grund einer Verbarbarung zwischen zwei. Sie sind natürlich die priviligierte Inhaber aller Staatsweisheit, Ihnen gehören alle Stellen im Staat. Sie sind die privilegierten Besitzer von Thron und Vaterland. (Heiterkeit) Das verhindert Sie ja in allen Kreisblättern und stellen uns als Menschen dar, die auf dem Wege zur Revolution sind. Die von Herrn v. Puttkamer angeordneten Ermittlungen scheinen sich auf ganz Ostpreußen erstreckt zu haben, und nun diese magere Ernte! Da könnten wir doch mehr bringen. Das Schreckliche, mit dem größten Nachdruck vorgetragene ist die unbedeutige Aussage gemacht, daß in Lindendorf den Wählern freie Weide und Fischerei verboten worden sei, und zwar auf Grund einer Verbarbarung zwischen zwei. Sie sind natürlich die priviligierte Inhaber aller Staatsweisheit, Ihnen gehören alle Stellen im Staat. Sie sind die privilegierten Besitzer von Thron und Vaterland. (Heiterkeit) Das verhindert Sie ja in allen Kreisblättern und stellen uns als Menschen dar, die auf dem Wege zur Revolution sind. Die von Herrn v. Puttkamer angeordneten Ermittlungen scheinen sich auf ganz Ostpreußen erstreckt zu haben, und nun diese magere Ernte! Da könnten wir doch mehr bringen. Das Schreckliche, mit dem größten Nachdruck vorgetragene ist die unbedeutige Aussage gemacht, daß in Lindendorf den Wählern freie Weide und Fischerei verboten worden sei, und zwar auf Grund einer Verbarbarung zwischen zwei. Sie sind natürlich die priviligierte Inhaber aller Staatsweisheit, Ihnen gehören alle Stellen im Staat. Sie sind die privilegierten Besitzer von Thron und Vaterland. (Heiterkeit) Das verhindert Sie ja in allen Kreisblättern und stellen uns als Menschen dar, die auf dem Wege zur Revolution sind. Die von Herrn v. Puttkamer angeordneten Ermittlungen scheinen sich auf ganz Ostpreußen erstreckt zu haben, und nun diese magere Ernte! Da könnten wir doch mehr bringen. Das Schreckliche, mit dem größten Nachdruck vorgetragene ist die unbedeutige Aussage gemacht, daß in Lindendorf den Wählern freie Weide und Fischerei verboten worden sei, und zwar auf Grund einer Verbarbarung zwischen zwei. Sie sind natürlich die priviligierte Inhaber aller Staatsweisheit, Ihnen gehören alle Stellen im Staat. Sie sind die privilegierten Besitzer von Thron und Vaterland. (Heiterkeit) Das verhindert Sie ja in allen Kreisblättern und stellen uns als Menschen dar, die auf dem Wege zur Revolution sind. Die von Herrn v. Puttkamer angeordneten Ermittlungen scheinen sich auf ganz Ostpreußen erstreckt zu haben, und nun diese magere Ernte! Da könnten wir doch mehr bringen. Das Schreckliche, mit dem größten Nachdruck vorgetragene ist die unbedeutige Aussage gemacht, daß in Lindendorf den Wählern freie Weide und Fischerei verboten worden sei, und zwar auf Grund einer Verbarbarung zwischen zwei. Sie sind natürlich die priviligierte Inhaber aller Staatsweisheit, Ihnen gehören alle Stellen im Staat. Sie sind die privilegierten Besitzer von Thron und Vaterland. (Heiterkeit) Das verhindert Sie ja in allen Kreisblättern und stellen uns als Menschen dar, die auf dem Wege zur Revolution sind. Die von Herrn v. Puttkamer angeordneten Ermittlungen scheinen sich auf ganz Ostpreußen erstreckt zu haben, und nun diese magere Ernte! Da könnten wir doch mehr bringen. Das Schreckliche, mit dem größten Nachdruck vorgetragene ist die unbedeutige Aussage gemacht, daß in Lindendorf den Wählern freie Weide und Fischerei verboten worden sei, und zwar auf Grund einer Verbarbarung zwischen zwei. Sie sind natürlich die priviligierte Inhaber aller Staatsweisheit, Ihnen gehören alle Stellen im Staat. Sie sind die privilegierten Besitzer von Thron und Vaterland. (Heiterkeit) Das verhindert Sie ja in allen Kreisblättern und stellen uns als Menschen dar, die auf dem Wege zur Revolution sind. Die von Herrn v. Puttkamer angeordnet

Concursversfahren.

In dem Concursversfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gustav Adolph Rehau (in Firma G. A. Rehau) zu Danzig, Zimmer Nr. 15, ist zur Prüfung der nachträglich ange meldeten Forderungen Termin auf

den 19. Mai 1884,

Vormittags 11½ Uhr, vor dem Königlichen Amts-Gericht XI. Zimmer Nr. 6, anberaumt.

Danzig, den 21. April 1884.

Grzegorzevski,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts XI.

Concurs-Öffnung.

Über das Vermögen des Fabrikbesitzers F. W. Weins zu Mewe, ist heute Vormittags 9 Uhr das Concursverfahren eröffnet.

Concursverwalter ist der Zimmermeister J. J. Schultz senior in Mewe.

Öffener Arrest mit Anzeige und Anmeldefrist bis zum 13. Mai 1884.

Termin zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters und Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses auf

den 15. Mai 1884,

Vormittags 10 Uhr, im Zimmer Nr. 8.

Prüfungstermin auf

den 29. Mai 1884,

Vormittags 10 Uhr, ebendaselbst.

Mewe, den 23. April 1884.

Stremlow,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

An der Provinzial-Irrenanstalt zu Neustadt Weißw., ist die Stelle der zweiten Oberärztin zu besetzen. Außer freier Vergütung zweiter Klasse wird ein jährliches Gehalt von 300 M. gewährt.

Bewerberinnen, die im Umgang mit Geisteskranken erfahren und geübt sind und die außerhalb des Büschneiden und Aufstellen von Frauenkleidern, sowie aller Wäschegegenstände gründlich verstecken, wollen ihre Zeugnisse und einen selbstbeschriebenen Lebelauf an den Director Dr. Kroemer einenden.

Die Fortsetzung der

Auction

mit
Weiß- und Purzwaren, Herren- und Kinder-Garderoben, sowie Lederwaren etc.

findet am Montag, den 28. April cr., Vormittags 10 Uhr, in neuem Auctionslokal Pfefferstadt Nr. 37 statt. (1141)

Petersson,
Gerichtsvollzieher,
Pfefferstadt Nr. 37. (1141)

Während des Sommer-Semesters
Galvanisch-electrische Kuren

Muskel- und Nervenkrankheiten, allgemeine Electrisation etc.)

Vormittags von 8—12 Uhr, Nachmittags von 4—6 Uhr.

Dr. Starck,
Rathskapelle.

Marienburger Pferde-Votterie. Riebung 17. Mai. Poste a 3 M. Königberger Pferde-Votterie. Riebung 21. Mai. Poste a 3 M. bei Th. Bortling, Gerbergasse 2. (1144)

Garrett Smith & Co.
Buckau-Magdeburg.



Specialität der Fabrik seit 1861:

Locomobilien und **Dampfdreschmaschinen**,

unter Garantie für unübertroffene Leistung, Reinigung und Einfachheit.

Referenzen, sowie Cataloge und Preislisten gratis und franco.

Wir erlauben uns hiermit die ergebene Mittheilung, daß Herr Fritz Krohn aus Dirschau (jetzt Danzig, Neugarten 2) die General-Vertretung unserer Fabrikate für die Provinz Ost- und Westpreußen und Polen seit dem 1. April d. J. übernommen hat.

Gefällige Anfragen bitten wir entweder an Herrn Krohn oder direkt an die Fabrik richten zu wollen. (313)

Garrett, Smith & Co.

Southdown-Pollblut-
Heerde

Lulfau bei Ostaszewo, Kreis Thorn.

Der Verlauf der Böde aus biesiger Siambeere hat begonnen; die Thiere sind sämtlich im Frühjahr 1888 geboren, kräftig ernährt, stark entwickelt, formengleich und durchweg von schönen Formen.

Der Verkauf findet zu jeder Zeit und zu seiten Preisen statt.

Pollblut-Winterschafe kommen 60 Stück zum Verkauf.

Prospekte nebst Preisnotierung werden auf Anfrage verlangt.

Lulfau bei Ostaszewo, Kreis Thorn.

M. Weinschenek.

Die Subscription auf die

Neue Russische 5% Staats-Anleihe

findet am 29. April statt.

Der Emissions-Cours ist 89% plus Zinsen vom 1. Mai. Die Stücke sind in Pfund Sterling ausgestellt u. werden zum Course von 20,43 umgerechnet. Erste Auslösung findet am 1. Mai 1885 statt. Wir nehmen Zeichnungen schon jetzt kostenfrei entgegen.

Meyer & Gelhorn,
Bank- und Wechsel-Geschäft,
Langenmarkt 40.

Neue 5% Russische Staats-Anleihe.

Zeichnung am 29. d. Mts. zum Cours von 89% und Zinsen vom 1. Mai cr.; Umrechnungscours M. 20,43 pro £ Sterling; Zins-Termine Mai und November; Abnahme der Stücke vom 12. Mai ab; Dauer der Anleihe 81 Jahre; erste Par-Auslösung am 1. Mai 1885.

Auf obige Staatsanleihe nehmen wir, vorbehaltlich der Richtigkeit vorstehender Angaben,

Subscriptionen kostenfrei entgegen und empfehlen baldige Anmeldung.

Danzig, den 25. April 1884.

Baum & Liepmann,
Bankgeschäft,
Langenmarkt Nr. 18.

£ 15 000 000

Russische 5% Staatsanleihe.

Emissionscours 89% in Pfund Sterling = 90,91% in Mark Berliner Usance.

Zeichnungstag 29. April cr.

Zeichnungen auf vorstehende Anleihe, welche in Berlin bei der Königl. Preussischen Seehandlungs-Societät und der Banksfirma **S. Bleichröder** aufgelegt wird, nehmen wir von heute ab kostenfrei entgegen.

Danzig, den 25. April 1884.

Danziger Privat-Actien-Bank.

Subscriptionen

auf 5 procent. neue Russische Anleihe à 89 Proc. Londoner Usance (ca. 90,90 Berliner Usance) vermittelst spesenfrei

Ernst Poschmann,
Bank - Geschäft, Langgasse No. 53.

Bekanntmachung.

Zu dem hiesigen Magistrats-Collegio ist die Stadtkämmererstelle erledigt und voll baldmöglichst vereyten werden. Das Gehalt ist auf 5400 M. jährlich und 600 M. Wohnungsgeldzuschuß festgesetzt.

Qualifizierte Bewerber werden ersucht, ihre Meldungen bis zum 15. Mai cr. bei dem unterzeichneten Stadtverordneten-Vorsteher einzureichen.

Königsberg i. Pr., den 8. April 1884.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Weller.

(446)

Bürgermeisterstelle vacant.

Am 1. Oktober cr. ist die hiesige Bürgermeisterstelle neu zu besetzen.

Das Einkommen beträgt:

1. Rentenfähig:

a. 13,20 Raummeter Radelslohnholz und 7000 Stück Torf;

b. Büroaufenthaltschädigung jährlich 750 Mark.

Außerdem bezieht der jetzige Bürgermeister als Amtsanwalt an Nebeneinkommen aus der Staatskasse jährlich 250 Mark.

Geeignete Bewerber wollen ihre desfallsigen Gesuche bis zum 15. Mai cr. an den unterzeichneten einenden. (316)

Worms d. 8. April 1884.

Leo Klawki,
Stadtverordnetenvorsteher.

Ver sicherungs Gesellschaft zu Schwedt a.Q.

Errichtet auf Gegenseitigkeit 1826.

Die Gesellschaft versichert in zwei getrennten Abteilungen Mobilien aller Art gegen Feuer, Blitz und Explosions-Schaden, sowie Bodenerzeugnisse gegen Hagelschaden unter liberalen, allea zeitgemäßen Anforderungen des landwirtschaftlichen Publikums entwedernein Bedingungen.

a) Feuer-Versicherung.

Versicherungskapital 591 263 511 M. Reserve 1 541 206 M.

b) Hagel-Versicherung.

Versicherungskapital 155 403 1/6 M. Reserve 182 643 M.

Speziell die Hagel-Versicherung betreffend.

Die Versicherungen werden auf ein Jahr oder gegen nachstehenden Rabatt auf 5 resp. 10 Jahre abgeschlossen und laufen ohne Unterbrechung fort, wenn eine Rückabwicklung nicht erfolgt ist. Außer der Prämie werden weder Police-Gebühren noch Beiträge zum Reservefonds erhoben, auch keinerlei Abzüge von den Bergütigungen für Reklamationskosten gemacht. Das Stroh kann von der Versicherung ausgeschlossen werden.

Die Prämien sind möglich und der Gefahr des Ortes und der Fruchtart entsprechend normirt.

Nähere Auskunft über die Versicherungs-Bedingungen, sowie Antrags-Formulare bei den nachnamten Vert. et in der Gesellschaft:

Herr Kaufl. Paul Domäne a. S. in Danzig, Frankenstraße 30.

Assurancier-Beamter H. Lierau daselbst, Burggrafenstraße 8.

Kaufmann Johann Enss in Dirichau.

Amtsversteher von Danzig in Marienburg.

General-Landschafts-Assist Spalding in Marienwerder.

Kaufmann Mongowski in Marienburg.

Kaufmann Dyck in Thiergart.

Gutsbesitzer Leistikow in Neuhof, Kreis Elbing.

General-Agent der Gesellschaft E. Bruhns in Elbing.

Die Maschinenfabrik und Kesselschmiede

von
R. Wolf

in Buckau-Magdeburg

baut seit 22 Jahren als Specialität:

Locomobile mit ausziehbaren Röhrenkesseln von 3—50 Pferdek., fahrbar, sowie auf Tragflossen für stationäre Betriebe jeder Art. Von 8 Pferdek. an aufwärts auch mit Rider-Steuering.

Compound-Locomobile mit und ohne Condensation von 20—50 Pferdek.

Garantiert Dampfverbrauch bei letzterem mit Condensation nur $\frac{1}{2}$ kg. per Stunde und eff. Pferdek.

N.B. Die Wolf'schen Locomobile zeigten bei den internationalen Locomobil-Prüfungen

1880 zu Magdeburg, 1883 zu Braunschweig, 1883 zu Berlin,

letztere im Auftrage des aus den Herren von Weddau-Malchow, von Horford und Dr. von Casteln sich zusammensetzenden Hauptdirectoriun des Landwirtschaftlichen Provinzialvereins für die Mark Brandenburg und die Niederlausitz ausgeführt, von allen mitconkurrierenden Maschinen

jedesmal den bei Weitem geringsten Kohlenverbrauch.

Ferner: Stationaire Dampfmaschinen bester Systeme, Centrifugal- und Kolbenpumpen, Dampfkessel jeder Art, vorzugsweise Röhrenkessel.

Ferner werden geliefert: Hornsby'sche Dreschmaschinen zu Originalpreisen.

Die seit Jahren in Danzig bestandene Niederlage meiner

Cigarren- und Tabak-Fabrikate

habe ich am heutigen Tage

Gr. Krämergasse Nr. 6

wieder neu eröffnet und auf das Reichhaltigste mit allen neuen Sorten

meiner eigenen Fabrikate,

sowie der

besten imitirten und direct importirten Habana-Cigarren assortirt.

Der Verkauf erfolgt genau nach Preis-Courant, der in diesem Geschäft wie in allen meinen Filialen ausgehängt ist,

dadurch ist reelle und gleichmäßige Bedienung garantirt.

J. Neumann, Berlin,
Cigarren- und Tabak-Fabrik.

(1129)

Düngerstreum-Maschinen,

von der Halle'schen Prüfung, Station als beste anerkannt,

freut trocknen und feuchten Dünger gleichmäßig aus.

Zu beziehen durch die

Actien-Gesellschaft „H. F. Eckert“

Filiale Bromberg.

Copirbücher 1000 Bl. vorz.